



Newsletter

vom 30. April 2018

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

70 Jahre Israel: In historischer Verantwortung Freundschaft festigen	1
Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit.....	2
Berufsbildungsbericht: Qualität der Ausbildung muss weiter gestärkt werden	2
Auslandseinsätze.....	3
Deutsch-Japanisches Energie forum in Berlin	3
Neue Planungsbehörde. Außenstelle in Freiburg.....	4
Start der neuen Baureihe auf der Hochrheinbahn	4
Rentenerhöhung	4
Praktikanten unterstützen Rita Schwarzelühr-Sutter in Berlin und Waldshut.....	5
Gemeinden profitieren von Städtebauförderung.....	6

Neues aus Berlin

70 Jahre Israel: In historischer Verantwortung Freundschaft festigen

| Israel hat gerade seinen 70. Jahrestag gefeiert, am Donnerstag hat der Bundestag die guten deutsch-israelischen Beziehungen in einer Debatte gewürdigt. SPD-Fraktionschefin Nahles machte in ihrer Rede deutlich, warum die Freundschaft zu Israel so kostbar ist.

In der vergangenen Woche haben in Israel die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Staatsgründung begonnen. Die Gründung Israels und die deutsch-israelischen Beziehungen scheinen heute vielen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 aber nicht nur eine Staatsgründung. Israel war Hoffnung, Zufluchtsort und schließlich Heimat für viele Menschen, die das Grauen des Holocaust in Europa überlebt hatten.

Der Bundestag hat am Donnerstagmorgen die guten Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gewürdigt. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles verdeutlichte in ihrer Rede vor dem Parlament, warum kein Schlussstrich unter die deutsche Verantwortung gezogen werden darf. Nahles: „Die israelische Staatsgründung war die mutige Antwort auf eine jahrhundertelange Geschichte des Antisemitismus, die ihren furchtbaren Höhepunkt im Holocaust fand. Umso kostbarer, ja, kostbarer, sind die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Heute verbinden uns – Deutschland und Israel – die Erfahrung, den tiefen Graben der Vergangenheit überwunden zu haben, und das Staunen und die Dankbarkeit darüber, dass eine Versöhnung möglich war.“

Angriffe auf Juden sind Angriffe auf uns alle.

Nahles besucht Israel seit 22 Jahren, sie hat Freunde dort. Die Beziehung zwischen beiden Ländern sei „sensibel“, das schilderte sie anhand persönlicher Erlebnisse. Deshalb ist es für sie „unerträglich, wenn jüdisches Leben in Deutschland ohne Angst nicht möglich ist. Wir verurteilen die antisemitischen Angriffe scharf, und wir müssen alles tun, um sie zu ahnden.“ Angriffe auf Jüdinnen und Juden seien Angriffe „auf uns selbst, auf unsere Demokratie, unsere pluralistische Gesellschaft.“

Sie äußerte die Hoffnung, dass es zu einer Zweistaatenlösung komme – auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie Israel sie besitze.

Die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion ist eindeutig. Das tiefe Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, das Bekenntnis zur gemeinsamen Erinnerung wird uns – Israel und Deutschland – helfen, uns „gemeinsam gegen Fundamentalismus, Extremismus und auch gegen Antisemitismus zu stellen“, wie es Nahles formulierte.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden das Existenzrecht Israels immer und ohne Einschränkung verteidigen. Das ergibt sich nicht nur aus der historischen Verantwortung. Sondern es speist sich viel stärker noch aus der tiefen Freundschaft, die sich zwischen Deutschland und Israel entwickelt hat. Nahles: „Das ist der eigentliche Glücksfall, der uns an diesem Tag ein Anlass zur Freude sein sollte.“

Antrag der Koalitionsfraktionen

Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit einen Antrag beschlossen mit dem die zukunftsgerichtete Freundschaft mit Israel weiter gefestigt werden soll (Drs. 19/1823). Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, sich weiter für eine Lösung des Nah-

ostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einzusetzen. Auch soll sie die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter erhalten, vertiefen, ausbauen und fördern. Darüber hinaus soll die Regierung weiterhin für die Existenz und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel als ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eintreten.

Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit

| Das Parlament hat am Freitag den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit debattiert. Der Bericht wurde erstmals vorgelegt (Drs. 18/8740, 19/1381).

Er zeigt, dass die Religionsfreiheit weltweit verletzt wird, obwohl sie ein universelles Menschenrecht ist und umfassend völkerrechtlich festgeschrieben ist. Gleichzeitig stellt der Bericht auch positive Bemühungen dar, die Religionsfreiheit zu schützen.

Bei der Erarbeitung des Dokuments hat das Auswärtige Amt sich nicht nur von Experten wie Heiner Bielefeldt, seit 2010 Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, beraten lassen, sondern auch eigene Daten in rund 90 Auslandsvertretungen erhoben sowie Länderanalysen des EU-Parlaments und aus den USA herangezogen.

Die aufgeführten Typologien von Verfolgung und Bedrängung aufgrund von Religion verdeutlichen aus Sicht der SPD-Fraktion, wie vielfältig die Rechtsverletzungen sind. Sie reichen beispielsweise von Einschränkungen zeremonieller Handlungen oder der Erschwerung des Zugangs zu öffentlichen Ämtern über gesellschaftliche Ausgrenzung bis hin zu

systematischer Diskriminierung oder Todesstrafe.

**Wichtigste zusammengefasst:
Die Bundesregierung legt erstmals einen Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit vor. Religionsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht. Festgestellt wurden weltweit Verstöße und Diskriminierungen.**

Berufsbildungsbericht: Qualität der Ausbildung muss weiter gestärkt werden

| Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ist international anerkannt und trägt wesentlich zur Sicherung der Beschäftigungschancen junger Menschen und des Fachkräfteangebots bei.

Der aktuelle Berufsbildungsbericht (Drs. 19/1740), den der Bundestag am Donnerstag diskutiert hat, macht jedoch deutlich, dass die Politik jetzt handeln muss, um allen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und die Qualität der Berufsbildung zu verbessern.

Die Quote der jungen Menschen von 20 bis 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist gestiegen. Mehr als zwei Millionen Menschen in dieser Altersgruppe sind ohne Ausbildung. Auch die Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt. Erstmals ist die Ausbildungsbetriebsquote unter 20 Prozent gefallen.

Dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht auch der gestiegene Anteil der Ausbildungsabbrüche. 2016 wurde jeder vierte Ausbildungsvertrag aufgelöst. Die SPD-Fraktion fordert deshalb mehr Investitionen in die Qualität der Ausbildung und eine verbesserte Berufsorientierung, um besonders in den Branchen mit hohen

Vertragsauflösungen dem Trend entgegenzuwirken.

Es bedarf gut qualifizierter und begleitender Ausbilder, moderner Berufsschulen und attraktiver Rahmenbedingungen für Auszubildende. Im Koalitionsvertrag haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes, dem Berufsbildungspakt und der Mindestausbildungvergütung wichtige Bausteine zur Stärkung der beruflichen Bildung verankert. Das muss die Regierung jetzt auf den Weg bringen.

**Wichtigste zusammengefasst:
Die Bundesregierung hat den aktuellen Berufsbildungsbericht vorgelegt. Der Anteil der jungen Menschen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung ist gestiegen. Es gibt immer weniger Ausbildungsbetriebe, außerdem brechen immer mehr Auszubildende ihre Ausbildung ab.**

Auslandseinsätze

| Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen von SPD und CDU/CSU die Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen Minusma, Operation Atalanta und EUTM Mali verlängert. Es gab jeweils namentliche Abstimmungen. Drucksachen: 19/1098, 19/1742, 19/1596, 19/1833, 19/1597, 19/1834).

Näheres zu den Missionen ist hier nachzulesen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/au%C3%9Fenpolitik>

Deutsch-Japanisches Energieforum in Berlin

| Etwa 20 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen werden durch den Verkehrssektor verursacht – Tendenz

steigend. Das 9. Deutsch-Japanische Umwelt- und Energiedialogforum diskutiert, wie die klimapolitisch notwendige Verkehrswende umgesetzt werden kann. Der zweitägige Kongress wurde von mir als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium in Berlin eröffnet. Das 9. Dialogforum tagt zum Thema "Emissionsarme Transportsysteme und Möglichkeiten zur effektiven Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehrssektor."

Von der Kooperation mit Japan erhoffen wir uns Know-how- und Erfahrungsaustausch, insbesondere zur Elektrifizierung des Verkehrs, innovativen Technologien und neuen Mobilitätskonzepten. Japan und Deutschland stehen beim Klimaschutz vor vergleichbaren Herausforderungen und Chancen. Dabei ist klar: Die nachhaltige Mobilität ist für unsere Volkswirtschaften einer der Leitmärkte für innovative Umwelttechnologien, und damit auch ein Motor für Jobs, Wachstum und mehr Lebensqualität.

In Deutschland und weltweit erweist es sich als sehr schwierig, klimaschädliche Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. In Deutschland stagnieren die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen seit Jahren. Im vergangenen Jahr nahmen sie sogar um 2,3 Prozent zu. Das 9. Deutsch-Japanische Umwelt- und Energiedialogforum befasst sich mit der Frage, welche Maßnahmen zu einer echten Verkehrswende führen können. Vorschläge reichen von der Effizienzsteigerung, der Elektromobilität und dem Einsatz erneuerbarer Energien bis hin zur flexibleren Verkehrsmittelnutzung, neuen Mobilitätskonzepten und digitalen Lösungen.

Aus unserer Region

Neue Planungsbehörde. Außenstelle in Freiburg

| Ich begrüße das Standortkonzept der neuen Autobahngesellschaft, das auf der Verkehrsministerkonferenz vorgestellt wurde. Es ist gut, dass wir die neue Autobahngesellschaft von Anfang an regional aufstellen. Mit einer eigenen Außenstelle in Freiburg ist ein kurzer Draht für Bürgermeister und Landräte in Südbaden sichergestellt. Mein Einsatz war hier also erfolgreich. Die Neuordnung der Zuständigkeiten beim Autobahnbau gilt als eines der größten Organisationsprojekte, zu denen sich Bund und Länder in den letzten Jahrzehnten gemeinsam entschlossen haben. Mit mehr Geld allein, ist es leider nicht getan. Damit wir künftig beim Bau und Unterhalt der Autobahnen zügiger vorankommen, braucht es insgesamt auch effektivere Strukturen. Die bringen wir jetzt auf den Weg.

Der Bund wird ab 2021 mit der „Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen“ Planung, Bau, Betrieb, Erhalt, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Bundesautobahnen komplett übernehmen. Zudem wird ein „Fernstraßen-Bundesamt“ errichtet, das die Planfeststellungs- und -genehmigungsverfahren im Autobahnbereich durchführt. Die Infrastrukturgesellschaft hat laut Gesetz ihren Sitz in Berlin. Vorgesehen sind 10 regionale Niederlassungen mit insgesamt 30 dauerhaften Außenstellen.

Start der neuen Baureihe auf der Hochrheinbahn

| In einem aktuellen Schreiben der Bahn wird der Einsatz der Fahrzeuge der Baureihe VT 612 für den 1. Mai auf der Strecke zwischen Ulm und Basel angekündigt.

Ich begrüße die geplanten Verbesserungen bei der Servicequalität und beim Komfort. Vorbeifahrten in Laufenburg Ost sollen künftig vermieden werden.

Laut einem Antwortschreiben der Bahn sollen ab dem kommenden Monat zahlreiche Verbesserungen wirksam werden. Ich bin gespannt, ob der Einsatz der Baureihe VT 612 - so wie angekündigt - ab dem 1. Mai von der Bahn vollumfänglich umgesetzt wird. Ebenso zugesagt wurde eine Verbesserung der Servicequalität in den Zügen in puncto Sauberkeit und Instandhaltung. Mehr Komfort und Pünktlichkeit, das sind natürlich gute Nachrichten für die Reisenden.

Kritisch bleibt jedoch der Zugang zu den Zügen für gehbehinderte Menschen. Die speziellen Hublifte sind viel zu schwerfällig in der Handhabung, denn sie führen im Einsatz dazu, dass die Züge sich verspäten.

Die Bahn hat in demselben Schreiben ebenfalls versprochen, dass künftig fahrplanwidrige Vorbeifahrten des IRE in Laufenburg Ost der Vergangenheit angehören.

Hintergrund:

Bahnkunden hatten sich schriftlich an mich gewendet und beklagt, dass 2017 und 2018 der IRE an mehreren Tagen den Haltepunkt „Laufenburg Ost“ durchfahren hat und das obwohl der Halt laut Fahrplan einmal täglich vorgesehen ist.

Es ist gut, wenn die Bahn jetzt reagiert und Besserung verspricht. Die Region darf gespannt bleiben. Ich werde die Entwicklung genau verfolgen.

Rentenerhöhung

| Das sind gute Nachrichten für über 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in unserem Land. Wir werden die Weichen dafür stellen, dass Renten auch künftig weiter zügig steigen. Deshalb machen wir

eine Politik für eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - denn nur mit einem hohen Beschäftigungsstand und guten Löhnen gibt es auch eine gute Rente. Dazu haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt. Wir werden uns als SPD-Fraktion weiter für gute Renten und gute Arbeit stark machen.

Die Bundesregierung hat heute beschlossen, die Renten zu erhöhen. Zum 1. Juli 2018 wird die Rente in Westdeutschland um 3,22 Prozent und in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent steigen. Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts erreicht der Rentenwert im Osten ab 1. Juli 95,8% des Westwerts. Bis spätestens 2024 sollen die Renten in den alten und neuen Bundesländern dann gleich hoch sein. Wichtige Grundlage für die erfreuliche Entwicklung bei den Renten insgesamt sind die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne.

Praktikanten unterstützen Rita Schwarzelühr-Sutter in Berlin und Waldshut

| Im April 2018 habe ich tatkräftige Unterstützung für meine Büros in Berlin und Waldshut bekommen. Die beiden BOGY-Praktikantinnen Nathalie Ruch aus Waldshut und Lara Rösel aus Bad Säckingen sowie Soziologie-Studentin Hanna Grauert aus Konstanz konnten während ihrer Praktika einen tiefen Einblick in meinen Alltag als Bundestagsabgeordnete bekommen. Lara Rösel hat dabei die Arbeit in meinem Wahlkreisbüro in Waldshut kennengelernt, Nathalie Ruch und Hanna Grauert haben mich in Berlin begleitet.

Ich freue mich, wenn junge Frauen wie Hanna, Lara und Nathalie sich für meine Arbeit als Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin interessieren. Mädchen und junge Frauen für die Politik zu begeistern, liegt mir persönlich sehr am

Herzen! Wichtig ist mir dabei der persönliche Austausch mit den jungen Frauen, damit Sie sich während ihrer Praktika fern von Klassenzimmer und Vorlesungsaal, ein ausführliches Bild davon machen, wie unterschiedlich die Arbeitsfelder einer Abgeordneten aussehen können. Die drei jungen Frauen waren eine wertvolle Unterstützung und konnten unter anderem meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Recherchen, Öffentlichkeitsarbeit, Terminvorbereitungen und Büroorganisation unterstützen sowie an Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen teilnehmen.



Foto: Büro Rita Schwarzelühr-Sutter
(links: Nathalie Ruch, rechts: Hanna Grauert)

„Ich war überrascht, dass fast jede Minute im Kalender von Frau Schwarzelühr-Sutter durchgeplant ist. Mehrere Mitarbeiter arbeiten daran, diese Termine zu koordinieren und vorzubereiten. Man sieht dabei, wie wichtig ein eingespieltes Team ist, sodass man auch in stressigen Zeiten gut zusammenarbeiten kann.“

Hanna Grauert, Studentin aus Konstanz

Beim Thema junge Frauen in der Politik geht aber auch die SPD-Bundestagsfraktion mit guten Beispiel voran. Beim diesjährigen Girls'Day am 26. April 2018 hatten Mädchen und junge Frauen die Mög-

lichkeit, für einen Tag das politische Geschehen hier in Berlin hautnah mitzuerleben. An diesem Donnerstag lädt die Bundstagsfraktion 50 Mädchen aus der ganzen Bundesrepublik nach Berlin ein. Dort können die jungen Frauen einen Tag lang die Abgeordneten bei Terminen begleiten, das Reichstagsgebäude besichtigen und an einer Plenardebatte teilnehmen. Der Girls'Day bietet Mädchen und jungen Frauen bundesweit die Möglichkeit, hinter die Kulissen von Berufen zu blicken, in denen Frauen immer noch unterrepräsentiert sind – wie in der Politik.

Gemeinden profitieren von Städtebauförderung

| Am 5. Mai findet der „Tag der Städtebauförderung 2018“ statt, an dem in diesem Jahr auch die Gemeinden Wutöschingen und Lauchringen teilnehmen. Die Gemeinden am Hochrhein wie Küssaberg, Lauchringen, Ühlingen-Birkendorf, Waldshut-Tiengen und Wutöschingen haben in den letzten Jahren stark von den Bundesmitteln aus der Städtebauförderung profitiert. Ich freue mich, dass in diesem Jahr Wutöschingen und Lauchringen auch am ‚Tag der Städtebauförderung 2018‘ teilnehmen und interessierte Bürgerinnen und Bürgern auf ihren geplanten Veranstaltungen informieren wollen. Ich finde es wichtig, den Menschen auch einfach zu zeigen, was Städtebauförderung in der Praxis alles bewirken kann.

Am Tag der Städtebauförderung am 5. Mai plant die Gemeinde Wutöschingen einen „Tag der offenen Tür“ in der Mehrzweckhalle Degernau. Die komplett umgebaute Mehrzweckhalle ist Teil der Sanierungsmaßnahme „Ortskern Degernau“. Bürgerinnen und Bürger können sich dabei umfassend zum aktuellen Stand der Maßnahmenumsetzung informieren. Für die Städtebaufördermaßnahme „Ortskern Degernau“ erhielt die

Gemeinde seit Beginn der Förderung insgesamt 916.200 Euro an Bundesmitteln, allein 250.000 Euro im Förderjahr 2017.

Etwas zeitversetzt, am 17. Mai 2018, begeht auch die Gemeinde Lauchringen den Tag der Städtebauförderung 2018. Geplant ist eine Baustellenbesichtigung "Soziales Quartier im Mehrgenerationenzentrum Riedpark" von 18:00 bis 20:00 Uhr. Auch die Gemeinde Lauchringen profitiert von den Bundesmitteln im Rahmen der Städtebauförderung. Rund 950.900 Euro erhielt die Gemeinde in den letzten Jahren, davon 300.000 Euro im Jahr 2017.

Hintergrund:

Der „Tag der Städtebauförderung“ als bundesweites Format geht auf eine Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschen Städte- und Gemeindebund zurück. Bundesweit sollen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Veranstaltungen über die Städtebauförderung im Allgemeinen und die Umsetzung der konkreten Maßnahmen vor Ort informiert werden. In rund 500 Städten und Gemeinden werden in diesem Jahr entsprechende Veranstaltungen stattfinden.

Weitere Informationen zum „Tag der Städtebauförderung 2018“ sowie den teilnehmenden Kommunen finden Sie unter: <http://www.tag-der-staedtebaufoerderung.de>



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundes-tag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundes-tag.de

Home:

Facebook:

Twitter:

Instagram:

www.schwarzueluehr-sutter.de

facebook.com/schwarzueluehrsutter

twitter.com/rischwasu

instagram.com/rischwasu/